

Handelsrechtlicher
Jahresabschluss

zum
31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V.

**Aprilgasse 6
94315 Straubing**

Auftrag und Auftragsdurchführung

1. Die Geschäftsführung der Firma

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V.
Aprilgasse 6
94315 Straubing

- im folgenden Auftraggeber genannt -

hat uns beauftragt, den handelsrechtlichen Jahresabschluss zum 31.12.2020 zu erstellen.

2. Die Aufstellung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung.
3. Nach einer uns vom Auftraggeber übergebenen, schriftlichen Vollständigkeitserklärung sind im handelsrechtlichen Jahresabschluss zum 31.12.2020 alle Vermögensgegenstände und Schuldposten erfasst sowie alle buchungspflichtigen Geschäftsfälle einschließlich aller erkennbarer Risiken berücksichtigt.
4. Dem Auftrag liegen die vereinbarten und als Anlage beigefügten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften, Stand Juli 2018 zugrunde.

Der Auftrag wird mit der Maßgabe erfüllt, dass die Bestimmungen dieser Auftragsbedingung (Haftung) auch gegenüber etwaigen anspruchsberechtigten Dritten gelten.

Rechtliche Verhältnisse

Name des Vereins	:	Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V.
Anschrift	:	94315 Straubing Aprilgasse 6
Sitz	:	94315 Straubing
Vereinsregister	:	Amtsgericht Straubing VR 200215
Zweck des Vereins	:	Der Verband ist der Zusammenschluss von privaten Hörfunk- und Fernsehangebietern in Bayern. Er dient der Wahrung der gemeinsamen Interessen und der Förderung der Idee des räumlichen nahen Rundfunks. Weiter pflegt er die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.
Geschäftsjahr	:	01.01.2020 bis 31.12.2020
Vorstand	:	Schreiner Willibald, Vorsitzender Mieke Torsten, stellv. Vorsitzender Schelauske Martin, stellv. Vorsitzender
Satzung	:	vom 04.12.1984, zuletzt geändert am 24.06.2014

Bescheinigung des Steuerberaters über die Erstellung

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung - des

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V.

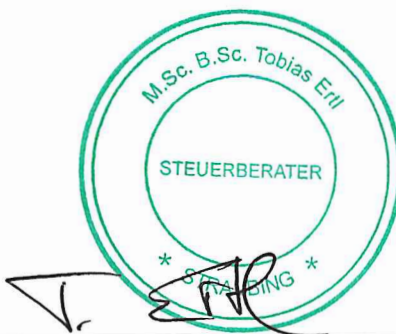
für das Geschäftsjahr vom 01.01.2020 bis 31.12.2020 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt.

Grundlage für die Erstellung waren die von uns geführten Bücher und die uns darüber hinaus vorgelegten Belege und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der *Verlautbarungen der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen* durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Straubing, den 17.06.2021



LKC Schrödinger Leeb-Wittmann
Steuerberater

Bilanz zum 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

	EUR	Geschäftsjahr 2020 EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		5,00
B. Umlaufvermögen		
I. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		155.888,11
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		21.739,11
Summe A K T I V A		<hr/> <u>177.632,22</u>

Bilanz zum 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

	Geschäftsjahr 2020	
	EUR	EUR
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Jahresfehlbetrag		-21.739,11
Nicht gedeckter Fehlbetrag		21.739,11
B. Verbindlichkeiten		
1. sonstige Verbindlichkeiten		2.411,98
C. Sonstige Passiva		175.220,24
Summe P A S S I V A		<hr/> <u><u>177.632,22</u></u>

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2020 bis 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

		Geschäftsjahr 2020
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		25.806,00
2. sonstige betriebliche Erträge		-1,00
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.403,95	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>4.766,46</u>	13.170,41
4. sonstige betriebliche Aufwendungen		34.373,61
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,09
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-21.739,11
7. Jahresfehlbetrag		<u><u>-21.739,11</u></u>

Bilanz

Zwei-Jahresvergleich zum 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

	Geschäftsjahr 2020	Vorjahr 2019
	EUR	EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5,00	6,00
B. Umlaufvermögen		
I. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	155.888,11	177.169,23
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	21.739,11	0,00
Summe A K T I V A	<u>177.632,22</u>	<u>177.175,23</u>

Bilanz

Zwei-Jahresvergleich zum 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

	Geschäftsjahr 2020	Vorjahr 2019
	EUR	EUR
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	-21.739,11	29.651,22
Nicht gedeckter Fehlbetrag	21.739,11	0,00
Summe Eigenkapital	0,00	29.651,22
B. Verbindlichkeiten		
1. sonstige Verbindlichkeiten	2.411,98	1.954,99
C. Sonstige Passiva	175.220,24	145.569,02
Summe P A S S I V A	<u><u>177.632,22</u></u>	<u><u>177.175,23</u></u>

Gewinn- und Verlustrechnung

Zwei-Jahresvergleich zum 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

	Geschäftsjahr 2020	Vorjahr 2019
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	25.806,00	95.883,80
2. sonstige betriebliche Erträge	-1,00	-1,00
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.403,95	10.588,32
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>4.766,46</u>	5.118,65
4. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen, sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	0,00	174,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	34.373,61	50.350,61
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,09	0,00
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-21.739,11	29.651,22
8. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	<u>-21.739,11</u>	<u>29.651,22</u>

Erläuterungen zum Jahresabschluss vom 01.01.2020 bis 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

EUR

AKTIVA

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

1. andere Anlagen, Betriebs- und
Geschäftsausstattung

400 Betriebsausstattung 2,00

420 Büroeinrichtung 3,00

5,00

B. Umlaufvermögen

I. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

1200 Volksbank 114804 75.897,07

1210 Raiffeisen 5568102 79.991,04

155.888,11

C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

21.739,11

Summe A K T I V A

177.632,22

Erläuterungen zum Jahresabschluss vom 01.01.2020 bis 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

EUR

PASSIVA

A. Eigenkapital

I. Jahresfehlbetrag

Jahresfehlbetrag

-21.739,11

Nicht gedeckter Fehlbetrag

21.739,11

B. Verbindlichkeiten

1. sonstige Verbindlichkeiten

1700 Sonstige Verbindlichkeiten

1.733,69

1741 Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer

678,29

2.411,98

C. Sonstige Passiva

880 Variables Kapital

175.220,24

Summe P A S S I V A

177.632,22

Erläuterungen zum Jahresabschluss vom 01.01.2020 bis 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

	EUR
1. Umsatzerlöse	
8000 Mitgliederbeiträge	25.659,00
8001 Kostenerstattung	147,00
	<hr/>
	25.806,00
2. sonstige betriebliche Erträge	
2315 Anlagenabgänge Sachanlagen (Restbuchwert bei Buchgewinn)	-1,00
3. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	
4195 Löhne für Minijobs	8.403,95
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	
4130 Gesetzliche soziale Aufwendungen	2.808,31
4135 Lohnsteuer	678,29
4138 Beiträge zur Berufsgenossenschaft	50,49
4140 Freiwillige soziale Aufwendungen, lohnsteuerfrei	330,55
4141 Sonstige soziale Abgaben	450,00
4142 Lohnbuchhaltung	448,82
	<hr/>
	4.766,46
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	
4211 Miete Büro Straubing	2.658,70
4250 Reinigung	22,25
4380 Beiträge	2.920,00
4600 Werbekosten	5.707,62
4630 Geschenke abzugsfähig ohne § 37b EStG	232,85
4631 Geschenke abzugsfähig mit § 37b EStG	2.009,79
4640 Repräsentationskosten	13,99
4650 Bewirtungskosten	103,81
4651 Bewirtungskosten BLM Volo-Fortbildungen	845,10
4654 Nicht abzugsfähige Bewirtungskosten	44,49
4660 Reisekosten	2.494,50

Erläuterungen zum Jahresabschluss vom 01.01.2020 bis 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

	EUR
4670 Verbands/Gesellschafterversammlungen	3.012,70
4810 Mietleasing bewegliche Wirtschaftsgüter für technische Anlagen und Maschinen	996,12
4900 Sonstige betriebliche Aufwendungen	88,67
4910 Porto	180,02
4920 Telefon	1.057,25
4930 Bürobedarf	243,38
4940 Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	842,11
4950 Rechts- und Beratungskosten	8.065,34
4955 Buchführungskosten	1.269,00
4957 Abschluss- und Prüfungskosten	1.281,15
4970 Nebenkosten des Geldverkehrs	284,77
	<hr/>
	34.373,61
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	
2110 Zinsaufwendungen für kurzfristige Verbindlichkeiten	0,09
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<hr/> -21.739,11
7. Jahresfehlbetrag	<hr/> <hr/> -21.739,11

Abschreibungsverzeichnis vom 01.01.2020 bis 31.12.2020

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e.V. Aprilgasse 6 94315 Straubing

		Tag der	Kosten der	Art der	ND	AfA	Buchwert	Zugang /	Abgang /	Abschreibung	Abschreibung	Buchwert
		Anschaffung	Anschaffung	AfA	Jahre	%	01.01.2020	Umbuchung	Umbuchung	Normal	Teilw/Sonder	31.12.2020
			EUR				EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
400 Betriebsausstattung												
3	Präsentationsrollo	25.06.2003	825,34	linear	6	16,67	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
5	Präsentationsrollo	17.08.2007	775,57	linear	6	16,67	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
			1.600,91				2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00
420 Büroeinrichtung												
18	Kopierer Sharp AR - M165	20.01.2006	2.148,55	linear	5	20,00	1,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00
21	Monitor LCD 21"	16.02.2007	862,75	linear	3	33,33	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
22	Celsius Tower W 280 incl. Installation	01.07.2011	1.525,34	linear	3	33,33	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
23	Philips 9620 Diktiergerät	19.07.2012	1.986,73	linear	5	20,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
			6.523,37				4,00	0,00	1,00	0,00	0,00	3,00
Gesamt			8.124,28				6,00	0,00	1,00	0,00	0,00	5,00

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften

Stand: Juli 2018

Die folgenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ gelten für Verträge zwischen Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten und Steuerberatungsgesellschaften (im Folgenden „Steuerberater“ genannt) und ihren Auftraggebern, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Steuerberater zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung unter Beachtung der einschlägigen berufsrechtlichen Normen und der Berufspflichten (vgl. StBerG, BOSTB) ausgeführt.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Rechtslage nach abschließender Erledigung einer Angelegenheit, so ist der Steuerberater nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf die Änderung oder die sich daraus ergebenden Folgen hinzuweisen.
- (4) Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der dem Steuerberater übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies in Textform vereinbart ist. Der Steuerberater wird die vom Auftraggeber gemachten Angaben, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zu Grunde legen. Soweit er offensichtliche Unrichtigkeiten feststellt, ist er verpflichtet, darauf hinzuweisen.
- (5) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen dar. Sie ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Steuerberater im Zweifel für fristwährenden Handlungen berechtigt und verpflichtet.

2. Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Steuerberater ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, der Auftraggeber entbindet ihn von dieser Verpflichtung. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Steuerberaters.
- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Steuerberaters erforderlich ist. Der Steuerberater ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
- (3) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO und § 383 ZPO bleiben unberührt.
- (4) Der Steuerberater ist von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit dies zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Steuerberaters erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine – vom Steuerberater angelegte und geführte – Handakte genommen wird.

3. Mitwirkung Dritter

Der Steuerberater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter und unter den Voraussetzungen des § 62a StBerG auch externe Dienstleister (insbesondere datenverarbeitende Unternehmen) heranzuziehen. Die Beteiligung fachkundiger Dritter zur Mandatsbearbeitung (z. B. andere Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte) bedarf der Einwilligung und des Auftrags des Auftraggebers. Der Steuerberater ist nicht berechtigt und verpflichtet, diese Dritten ohne Auftrag des Auftraggebers hinzuzuziehen.

3a. Elektronische Kommunikation, Datenschutz¹⁾

- (1) Der Steuerberater ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsdatenverarbeitung zu übertragen.
- (2) Der Steuerberater ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern dieser Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Ziff. 2 Abs. 1 Satz 3 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerberater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet.
- (3) Soweit der Auftraggeber mit dem Steuerberater die Kommunikation per Telefaxanschluss oder über eine E-Mail-Adresse wünscht, hat der Auftraggeber sich an den Kosten zur Einrichtung und Aufrechterhaltung des Einsatzes von Signaturverfahren und Verschlüsselungsverfahren des Steuerberaters (bspw. zur Anschaffung und Einrichtung notwendiger Soft- bzw. Hardware) zu beteiligen.

4. Mängelbeseitigung

- (1) Der Auftraggeber hat Anspruch auf Beseitigung etwaiger Mängel. Dem Steuerberater ist Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben. Der Auftraggeber hat das Recht – wenn und soweit es sich bei dem Mandat um einen Dienstvertrag i. S. d. §§ 611, 675 BGB handelt –, die Nachbesserung durch den Steuerberater abzulehnen, wenn das Mandat durch den Auftraggeber beendet und der Mangel erst nach wirksamer Beendigung des Mandats festgestellt wird.
- (2) Beseitigt der Steuerberater die geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder lehnt er die Mängelbeseitigung ab, so kann der Auftraggeber auf Kosten des Steuerberaters die Mängel durch einen anderen Steuerberater beseitigen lassen bzw. nach seiner Wahl Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrags verlangen.
- (3) Offensbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Steuerberater jederzeit, auch Dritten gegenüber, berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Steuerberater Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechtigte Interessen des Steuerberaters den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

5. Haftung

- (1) Die Haftung des Steuerberaters und seiner Erfüllungsgehilfen für einen Schaden, der aus einer oder – bei einheitlicher Schadensfolge – aus mehreren Pflichtverletzungen anlässlich der Erfüllung eines Auftrags resultiert, wird auf 1.000.000 €²⁾ (in Worten: eine Million Euro) begrenzt. Die Haftungsbegrenzung bezieht sich allein auf Fahrlässigkeit. Die Haftung für Vorsatz bleibt insoweit unberührt. Von der Haftungsbegrenzung ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Die Haftungsbegrenzung gilt für die gesamte Tätigkeit des Steuerberaters für den Auftraggeber, also insbesondere auch für eine Ausweitung des Auftragsinhalts; einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbegrenzung bedarf es insoweit nicht. Die Haftungsbegrenzung gilt auch bei Bildung einer Sozietät/Partnerschaft und Übernahme des Auftrags durch die Sozietät/Partnerschaft sowie für neu in die Sozietät/Partnerschaft eintretende Sozietäten/Partner. Die Haftungsbegrenzung gilt ferner auch gegenüber Dritten, soweit diese in den Schutzbereich des Mandatsverhältnisses fallen; § 334 BGB wird insoweit ausdrücklich nicht abbedungen. Einzelvertragliche Haftungsbegrenzungsvereinbarungen gehen dieser Regelung vor, lassen die Wirksamkeit dieser Regelung jedoch – soweit nicht ausdrücklich anders geregelt – unberührt.
- (2) Die Haftungsbegrenzung gilt, wenn entsprechend hoher Versicherungsschutz bestanden hat, rückwirkend von Beginn des Mandatsverhältnisses bzw. dem Zeitpunkt der Höherversicherung an und erstreckt sich, wenn der Auftragsumfang nachträglich geändert oder erweitert wird, auch auf diese Fälle.

1) Zur Verarbeitung personenbezogener Daten muss zudem eine Rechtsgrundlage aus Art. 6 DSGVO einschlägig sein. Dieser zählt die Rechtsgrundlagen rechtmäßiger Verarbeitung personenbezogener Daten lediglich auf. Der Steuerberater muss außerdem die Informationspflichten gem. Art. 13 oder 14 DSGVO durch Übermittlung zusätzlicher Informationen erfüllen. Hierzu sind die Hinweise und Erläuterungen im Hinweisblatt zu dem Vordruck Nr. 1005 „Datenschutzinformationen für Mandanten“ und Nr. 1006 „Datenschutzinformation zur Verarbeitung von Beschäftigtendaten“ zu beachten.

2) Bitte ggf. Betrag einsetzen. Um von dieser Regelung Gebrauch machen zu können, muss ein Betrag von mindestens 1 Mio. € angegeben werden und die vertragliche Versicherungssumme muss wenigstens 1 Mio. € für den einzelnen Schadensfall betragen; anderenfalls ist die Ziffer 5 zu streichen. In diesem Fall ist darauf zu achten, dass die einzelvertragliche Haftungsvereinbarung eine Regelung entsprechend Ziff. 5 Abs. 2 enthält. Auf die weiterführenden Hinweise im Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.



6. Pflichten des Auftraggebers; unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Steuerberater unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Steuerberater eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle schriftlichen und mündlichen Mitteilungen des Steuerberaters zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.
- (2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Steuerberaters oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.
- (3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Steuerberaters nur mit dessen Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
- (4) Setzt der Steuerberater beim Auftraggeber in dessen Räumen Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet, die Programme nur in dem vom Steuerberater vorgeschriebenen Umfang zu nutzen, und er ist auch nur in dem Umfang zur Nutzung berechtigt. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Steuerberater bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Steuerberater entgegensteht.
- (5) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Ziff. 6 Abs. 1 bis 4 oder anderweitig obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Steuerberater angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Steuerberater berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen (vgl. Ziff. 9 Abs. 3). Unberührt bleibt der Anspruch des Steuerberaters auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

7. Urheberrechtsschutz

Die Leistungen des Steuerberaters stellen dessen geistiges Eigentum dar. Sie sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe von Arbeitsergebnissen außerhalb der bestimmungsgemäßen Verwendung ist nur mit vorheriger Zustimmung des Steuerberaters in Textform zulässig.

8. Vergütung, Vorschuss und Aufrechnung

- (1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagensatz) des Steuerberaters für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG bemisst sich nach der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV). Eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung kann in Textform vereinbart werden. Die Vereinbarung einer niedrigeren Vergütung ist nur in außergerichtlichen Angelegenheiten zulässig. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistung, der Verantwortung und dem Haftungsrisiko des Steuerberaters stehen (§ 4 Abs. 3 StBVV).
- (2) Für Tätigkeiten, die in der Vergütungsverordnung keine Regelung erfahren (z. B. § 57 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 StBerG), gilt die vereinbarte Vergütung, anderenfalls die für diese Tätigkeit vorgesehene gesetzliche Vergütung, ansonsten die übliche Vergütung (§§ 612 Abs. 2 und 632 Abs. 2 BGB).
- (3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Steuerberaters ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.
- (4) Für bereits entstandene und voraussichtlich entstehende Gebühren und Auslagen kann der Steuerberater einen Vorschuss fordern. Wird der eingeforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Steuerberater nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den Auftraggeber einstellen, bis der Vorschuss eingeht. Der Steuerberater ist verpflichtet, seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Auftraggeber rechtzeitig bekanntzugeben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können.

9. Beendigung des Vertrags

- (1) Der Vertrag endet mit Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Vertrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.
- (2) Der Vertrag kann – wenn und soweit er einen Dienstvertrag i. S. d. §§ 611, 675 BGB darstellt – von jedem Vertragspartner außerordentlich gekündigt werden, es sei denn, es handelt sich um ein Dienstverhältnis mit festen Bezügen, § 627 Abs. 1 BGB; die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer Vereinbarung, die zwischen Steuerberater und Auftraggeber auszuhandeln ist.
- (3) Bei Kündigung des Vertrags durch den Steuerberater sind zur Vermeidung von Rechtsnachteilen des Auftraggebers in jedem Fall noch diejenigen Handlungen durch den Steuerberater vorzunehmen, die zumutbar sind und keinen Aufschub dulden (z. B. Fristverlängerungsantrag bei drohendem Fristablauf).
- (4) Der Steuerberater ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält oder erhalten hat und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben. Außerdem ist der Steuerberater verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu erteilen und Rechenschaft abzulegen.
- (5) Mit Beendigung des Vertrags hat der Auftraggeber dem Steuerberater die beim Auftraggeber zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. sie von der Festplatte zu löschen.
- (6) Nach Beendigung des Auftragsverhältnisses sind die Unterlagen beim Steuerberater abzuholen.
- (7) Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Steuerberaters nach dem Gesetz. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer gesonderten Vereinbarung in Textform.

10. Aufbewahrung, Herausgabe und Zurückbehaltungsrecht in Bezug auf Arbeitsergebnisse und Unterlagen

- (1) Der Steuerberater hat die Handakten für die Dauer von zehn Jahren nach Beendigung des Auftrags aufzubewahren. Diese Verpflichtung erlischt jedoch schon vor Beendigung dieses Zeitraums, wenn der Steuerberater den Auftraggeber aufgefordert hat, die Handakten in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber dieser Aufforderung binnen sechs Monaten, nachdem er sie erhalten hat, nicht nachgekommen ist.
- (2) Handakten i. S. v. Abs. 1 sind nur die Schriftstücke, die der Steuerberater aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat, nicht aber der Briefwechsel zwischen dem Steuerberater und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat, sowie für die zu internen Zwecken gefertigten Arbeitspapiere (§ 66 Abs. 3 StBerG).
- (3) Auf Anforderung des Auftraggebers, spätestens aber nach Beendigung des Auftrags, hat der Steuerberater dem Auftraggeber die Handakten innerhalb einer angemessenen Frist herauszugeben. Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.
- (4) Der Steuerberater kann die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Vorenthaltung der Handakten und der einzelnen Schriftstücke nach den Umständen unangemessen wäre (§ 66 Abs. 2 Satz 2 StBerG).

11. Sonstiges

Für den Auftrag, seine Ausführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich deutsches Recht. Erfüllungsort ist der Wohnsitz des Auftraggebers, soweit er nicht Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, ansonsten die berufliche Niederlassung des Steuerberaters. Der Steuerberater ist – nicht – bereit, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen (§§ 36, 37 VSBG).³⁾

12. Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit

Falls einzelne Bestimmungen dieser Geschäftsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.

³⁾ Falls die Durchführung von Streitbeilegungsverfahren vor der Verbraucherschlichtungsstelle gewünscht ist, ist das Wort „nicht“ zu streichen. Auf die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle ist in diesem Fall unter Angabe von deren Anschrift und Website hinzuweisen.

Aufteilung der Einnahmen und Aufwendungen 2020

	EUR	EUR
1. Ideeller Bereich		
Einnahmen		
Mitgliederbeiträge		25.659,00
./. Aufwendungen		
Personalaufwand	13.137,48	
Abschreibungen	0,00	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>34.288,76</u>	<u>47.426,25</u>
F e h l b e t r a g		<u><u>-21.767,25</u></u>
2. Vermögensverwaltung		
Einnahmen		
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	
Erlöse aus Anlagenverkäufen	<u>0,00</u>	0,00
./. Aufwendungen		
Personalaufwand	0,00	
Abschreibungen	0,00	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
Ü b e r s c h u s s		<u><u>0,00</u></u>

Verband Bayerischer Lokalrundfunk e. V.
Aprilgasse 6
94315 Straubing

Aufteilung der Einnahmen und Aufwendungen 2020

	EUR	EUR
3. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb		
Einnahmen		
Erlöse aus weiterberechneten Kosten	147,00	
Erlöse Sponsoring Jubiläumsveranstaltung	0,00	
Auflösung Rücklage Jubiläumsveranstaltung	<u>0,00</u>	147,00
./. Aufwendungen		
Personalaufwand	32,93	
Abschreibungen	0,00	
Sonderveranstaltung	0,00	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>85,94</u>	118,86
Überschuss		<u><u>28,14</u></u>
4. Zusammenstellung		
Überschuss ideeller Geschäftsbetrieb		-21.767,25
Überschuss Vermögensverwaltung		0,00
Überschuss wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb		28,14
Überschuss		<u><u>-21.739,11</u></u>